

Torsten Hartisch

# „Zum Landrat nicht geeignet“

Leitendes Personal der zentralen, regionalen und lokalen  
Verwaltungsdienststellen in Brandenburg 1945–1952



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	1
<b>1. Präsident/Ministerpräsident und Minister</b> .....	13
<b>2. Haupt- und Abteilungsleiter in der Provinzialverwaltung/ in den Landesministerien</b> .....	15
Inneres .....	15
Wirtschaft .....	19
Land- und Forstwirtschaft .....	22
Volksbildung .....	25
Finanzen .....	28
Justiz .....	30
Arbeit und Sozialwesen .....	31
Gesundheitswesen .....	33
Handel und Versorgung .....	34
Ministerpräsident .....	40
Landtag .....	41
<b>3. Personal der Oberlandratsämter</b> .....	43
Oberlandratsamt Bernau .....	43
Oberlandratsamt Brandenburg/H. ....	44
Oberlandratsamt Cottbus .....	46
Oberlandratsamt Eberswalde .....	47
<b>4. Personal der Landratsämter</b> .....	49
Angermünde .....	49
Beeskow-Storkow .....	54
Calau .....	57
Cottbus (Land) .....	60
Forst .....	66
Frankfurt (Oder) .....	67
Fürstenwalde/Spree .....	69
Guben (Land) .....	71
Lebus .....	74
Luckau .....	77
Luckenwalde .....	80
Lübben .....	84

## Inhaltsverzeichnis

Niederbarnim.....	88
Oberbarnim .....	94
Osthavelland.....	99
Ostprignitz .....	104
Prenzlau .....	109
Ruppin.....	113
Seelow .....	118
Senftenberg.....	120
Sorau.....	123
Spremberg.....	123
Teltow.....	127
Templin .....	133
Westhavelland .....	137
Westprignitz .....	141
Zauch-Belzig.....	145
<b>5. Personal der Kreisfreien Städte .....</b>	<b>151</b>
Brandenburg/H.....	151
Cottbus.....	156
Eberswalde .....	160
Forst .....	162
Frankfurt/O.....	165
Guben.....	168
Potsdam.....	171
Rathenow .....	176
Wittenberge .....	179
<b>6. Kurzbiographien A–Z.....</b>	<b>183</b>
<b>Index .....</b>	<b>639</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>661</b>
<b>Bestandsbezeichnungen.....</b>	<b>667</b>
<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>671</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>675</b>

# Einleitung

Nach der politischen Wende 1989/90 erreichten das Brandenburgische Landeshauptarchiv verstärkt Anfragen zu biografischen Daten von politischen Leitungsträgern auf Kreis- und Stadtebene aus den Jahren 1945–1952. So ging es z. B. um die Erforschung der Vorgängerterritorien der in der Kreisgebietsreform in Brandenburg im Jahre 1993 neu gebildeten Kreise, oder Ortschronisten bzw. Gemeindeverwaltungen suchten Biografien im Zusammenhang mit erfolgten oder geplanten Verleihungen von Ehrennamen für Straßen, Plätze oder Gebäude in den Gemeinden. Wissenschaftler erforschten gleichzeitig die Strukturen/Strukturteile der ehemaligen Landesverwaltung und deren Leiter. Die Durchsicht der vorhandenen Findhilfsmittel und der Bestandsakten ergab, dass solche Angaben nicht zusammenhängend bzw. nur unzureichend vorlagen. So gab es etwa keine Übersicht über die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte im ehemaligen Land Brandenburg, auf die man zugreifen konnte. Im Zuge der Recherchen z. T. auch in unverzeichneten Akten, wurden die ermittelten Angaben vom Bearbeiter zusammengestellt und im Laufe der Jahre systematisch ergänzt.

Die vorliegenden Biografien stützen sich fast ausschließlich auf archivistische Quellen, vornehmlich des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Nur in den Fällen, in welchen solche nicht ermittelt werden konnten bzw. die vorliegenden Zeugnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt abrechnen, wurden sie aus der vorliegenden, meist spärlich vorhandenen Literatur ergänzt. Biografische Nachschlagewerke wie z. B. das „SBZ-Handbuch“ oder das „Biographisches Handbuch der SBZ/DDR“<sup>1</sup> wurden außer Acht gelassen, sind sie doch vorrangig aus Sekundärquellen zusammengestellt und offensichtliche Fehler wurden von Veröffentlichung zu Veröffentlichung mitgeschleppt. Auf der Grundlage archivistischer Quellen erstellt, aber kaum eine Schnittmenge mit vorliegendem Personal bildend, sind die biografischen Nachschlagewerke „SED-Kader – Die mittlere Ebene, Biographisches Lexikon 1946–1989“<sup>2</sup> und „Brandenburgisches Biographisches Lexikon“<sup>3</sup>. Biografische Anhänge enthält die Monografie „Wirtschaftsordnung im Übergang, Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–1952“<sup>4</sup>. Diese vorrangig aus Quellen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs erarbeitete vorzügliche Abhandlung zur Wirtschaftsgeschichte benennt viele Funktionsträger im Land Brandenburg mit ergänzenden Angaben in einem Biografischen Anhang. Zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung waren aber viele Angaben nicht ermittelbar und werden in vorliegendem Band ergänzt bzw. auch korrigiert.

Waren die Landräte (und ihre Stellvertreter) und Oberbürgermeister (und ihre Stellvertreter), also das Personal auf regionaler Ebene, Ausgangspunkt vorliegender Publikation, so wurde in den letzten

- 1 Baumgart und Hebig: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR: 1945–1990, München, 1996. Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 2 Bände, 5. Aufl. 2010, Online: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. SBZ-Handbuch, hrsgg. von Martin Broszat und Hermann Weber, Oldenburg, 2. Aufl. 1993.
- 2 Niemann, Mario, Herbst, Andreas (Hrsg.): SED-Kader – Die mittlere Ebene, Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946–1989, Paderborn, 2010.
- 3 Brandenburgisches Biographisches Lexikon (hrsg. von Friedrich Beck und Eckart Henning), Potsdam, 2002.
- 4 Sattler, Friederike: Wirtschaftsordnung im Übergang: Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–1952, Biographischer Anhang im Teilband 2, Münster, 2002.

## Einleitung

20 Jahren dieser Personenkreis ergänzt um die Leiter und Stellvertreter der Oberlandratsämter, die Leiter der Hauptabteilungen, Abteilungen bzw. Referate der Provinzialverwaltung bzw. der Landesregierung, soweit diese Strukturteile während ihres Bestehens den Status einer Haupt- bzw. Abteilung (als federführende Fachabteilung) oder eines direkt dem Minister bzw. Ministerpräsidenten unterstellten Strukturteils (z. B. Landesamt) besaßen. Den Kurzbiografien vorangestellt sind Aufstellungen zu den Strukturteilen (Referate/Oberreferate/Abteilungen/Hauptabteilungen) und ihrer Unterstellung in der Provinzialverwaltung/Landesregierung<sup>5</sup> mit der Angabe des Leiters, des Zeitraums der Leitung, des Geburtsdatums und der Parteizugehörigkeit. Diese Aufstellung gibt einen schnellen Einstieg und Überblick zu den Verwaltungsstrukturen auf der Landesebene. Des Weiteren wurden die Mitglieder der Kreisräte der Landkreise (Leitungsgremium der Kreisverwaltung), der Stadträte der kreisfreien Städte (Leitungsgremium der kreisfreien Städte) und die Mitglieder der Vorstände der Kreistage und der Stadtverordnetenversammlung mit o. g. Angaben erfasst. So liegen rund 490 Kurzbiografien, mal ausführlicher, mal mit wenigen Angaben, soweit die Quellenlage es hergab, vor, und der Personenindex umfasst rund 2000 Namen.

Wie bereits bemerkt, bilden vorrangig im Brandenburgischen Landeshauptarchiv vorliegende Unterlagen die Grundlage für diesen Band. Als erste wichtige Quelle sind die Personalakten der Landesregierung Brandenburg aus den Jahren 1945–1952 zu nennen. Sie wurden vom ehemaligen Verwaltungsarchiv des Rates des Bezirkes Potsdam in den Jahren 1986–1993 an das Brandenburgische Landeshauptarchiv übergeben. Zu ihnen existiert eine Kartei, in der eine alphanummerische Abgabesignatur mit Abgabedatum erfasst ist. Diese Akten sind unbearbeitet und nur die für diese Veröffentlichung verzeichneten Personalakten liegen nun unter der Repositur Rep. 203 MdI PA vor und sind für die Benutzung zugänglich. Ein Teil der Personalakten der damaligen Landesregierung Brandenburg konnte durch die Auflösung des Verwaltungsarchivs des Rates des Bezirkes Potsdam nach 1990 nicht abschließend bearbeitet werden und befindet sich im Bestand Rep. 401 RdB Potsdam PA. Während die vorgenannten Akten im Allgemeinen 1952 bzw. Anfang der 1950er Jahre enden, sind die Akten zur Betreuung der Verfolgten des Naziregimes<sup>6</sup> meist bis zum Tode der fraglichen Person geführt worden. In ihnen sind neben Unterlagen zur Anerkennung des Status als Verfolgter (Nachweis des antifaschistischen Kampfes und Angaben zu den Haftzeiten in Gefängnissen und im KZ in der Zeit 1933–1945) auch Dokumente (Personalbogen, Lebensläufe, Beurteilungen) über den beruflichen Weg nach 1945 bis zum Tod zu finden. Ebenfalls machen die sogenannten Kaderakten der SED-Nomenklaturkader in den Beständen der SED-Bezirksleitungen Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus<sup>7</sup> oft den Lebenslauf bis zum Tod nachvollziehbar. Gerade der politische Werdegang und die Tätigkeiten in politischen Gremien lassen sich aus ihnen herleiten. Die Sammlung der VVN-Anträge<sup>8</sup> in den Jahren 1946 ff. sind eine weitere wichtige Quelle, beleuchten auch sie die Jahre 1933–1945 (Kampf gegen den Nationalsozialismus) sehr detailliert (z. B. Angaben zur Verhaftung, Verurteilung, Haftzeiten und -orte). Ebenfalls konnten Bestände aus der Zeit vor 1945 herangezogen werden, begann doch ein Teil der hier beleuchteten Personen ihre Verwaltungskarriere bereits vor 1933. So konnten in den Beständen der

5 Diese Angaben erhalten hier eine Aktualisierung und Ergänzung zu den bereits in der Übersicht zu den Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Teil III/1 1945–1952 (Berlin, 2001) veröffentlichten Strukturangaben S. 351 ff.

6 BLHA, Rep. 401 RdB Potsdam VdN, Rep. 601 RdB Frankfurt/O. VdN und Rep. 801 RdB Cottbus VdN.

7 BLHA, Rep. 530 SED Bezirksleitung Potsdam, Rep. 730 SED Bezirksleitung Frankfurt/O. und Rep. 930 SED Bezirksleitung Cottbus.

8 BLHA, Rep. 333 SED Landesleitung Brandenburg.

Regierungen Potsdam<sup>9</sup> und Frankfurt (Oder)<sup>10</sup>, im Provinzialschulkollegium<sup>11</sup>, in der Ärztekammer<sup>12</sup> oder in den Kreisverwaltungen<sup>13</sup> Personalakten ermittelt werden. Daneben befinden sich viele personenbezogene Angaben in Generalakten der Bestände der ehemaligen Landesregierung Brandenburg. Als einziges zusätzliches Archiv wurden Unterlagen im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde eingesehen. Bei ihnen handelte es sich vorrangig um Personalakten von Personen, die in den 1950er Jahren zu zentralen Behörden der DDR nach Berlin wechselten und deren Personalunterlagen nach Auflösung der DDR-Behörden im Bundesarchiv landeten. Dabei erwies es sich als ein Glücksfall, dass im Januar/Februar 2020 Personalakten der ehemaligen zentralen Dienststellen der SBZ bzw. der DDR und Abschriften von Personalakten aus den Ländern der SBZ, die sich im Bestand DO 1 – Ministerium des Innern der DDR – befinden, in die Archivdatenbank des Bundesarchivs eingestellt wurden und somit zum ersten Mal für Recherchen nutzbar waren. Damit konnten im Mai 2020 rund 170 Personalakten, die für vorliegende Veröffentlichung relevant waren, eingesehen und entscheidende biografische Lücken geschlossen und für einen Teil der Biografien fehlende Fotos aufgefunden werden. Interessant ist dabei, dass bei den Akten aus der brandenburgischen Landesverwaltung, die an die Deutsche Verwaltung des Innern gingen, die auch in den Personalakten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs überlieferten Beurteilungen/Charakteristiken aus den Jahren 1948 bzw. 1949 um eine kurze prägnante Einschätzung durch den brandenburgischen Innenminister Bechler ergänzt wurden. Diese „Ergänzungen“ sind in den „Originalakten“ im Brandenburgischen Landeshauptarchiv nicht nachweisbar.

Der Aufbau der Struktur aufstellungen der Abteilungen und Hauptabteilungen der Landesverwaltung lässt sich folgendermaßen erläutern. Neben der Angabe zum zeitlichen Bestehen des Strukturteils und seiner unmittelbaren Unterstellung – wobei dort auch einige Lücken existieren, da nicht jede Umbenennung oder Unterstellungsänderung zeitlich genau festzustellen ist – werden der Leiter, seine Dienstzeit, Geburtsdatum und Parteizugehörigkeit angegeben. Eckige Klammern bei den Datierungen bedeuten, dass sie nachweisbar sind, aber mangels ausreichender Quellen nicht der korrekte Beginn oder das korrekte Ende des Zeitraumes festzustellen sind. Bei den Parteiangaben ist folgendes zu beachten. Die Angabe SPD/SPD/SED gibt folgende Mitgliedschaften an: vor 1933 SPD, 1945 SPD, 1946 SED. Das Beispiel SPD/USPD/KPD/KPD/SED bedeutet: vor 1933 Mitglied in der SPD, USPD und danach KPD, 1945 KPD, 1946 SED. Diese zusammengefasste Angabe der Mitgliedschaften in politischen Parteien wurde auch dem Teil Oberlandratsämter, Landratsämter und Stadtverwaltungen beigegeben. Bei den Landratsämtern und Stadtverwaltungen ist hinter der Parteiangabe zusätzlich die in die jeweilige Funktion entsendende Massenorganisation aufgeführt (FDGB, FDJ, DFD, VdgB, KB, VVN). So bedeutet folgende Angabe: pl./?/SED/DFD: bis 1933 parteilos, nach 1945 unbekannt, nach 1946 SED, Fraktion DFD.

Bei der Erstellung der Kurzbiografien wurden folgende Daten, soweit ermittelbar, erfasst:

- Lebensdaten (Geburtstag, -ort, Todestag, -ort),
- Soziale Herkunft (Beruf des Vaters),
- Schul-, Berufs- und Studienbildung,
- Tätigkeiten und Arbeitsstellen,

9 BLHA, Rep. 2A Regierung Potsdam.

10 BLHA, Rep. 3B Regierung Frankfurt (Oder).

11 BLHA, Rep. 34 Provinzialschulkollegium Personalalia.

12 BLHA, Rep. 72 Ärztekammer.

13 BLHA, Rep. 6B Kreisverwaltung.

## Einleitung

- Militärzeit, Dienstgrad, Dienststellen,
- Parteizugehörigkeit, politische Betätigung,
- Verhaftungen, Verurteilungen, Haftzeiten, Haftaufenthalte,
- Besuch von Verwaltungsschulen bzw. Parteischulen,
- hohe staatliche Auszeichnungen (z. Bsp. Karl-Marx-Orden, Vaterländischer Verdienstorden),
- Wohnort nach 1945,
- Einschätzung/Beurteilung der beruflichen und politischen Tätigkeit,
- Quellenangaben,
- Foto (die für vorliegende Publikation genutzte Quelle für das Foto ist bei den Quellenangaben kursiv gesetzt),
- Unterschrift, (Kurz-)Paraphe.

Ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Aspekt ist die Wahrhaftigkeit der überlieferten Personalunterlagen und damit die Quellenkritik. Wie in mindestens zwei Fällen<sup>14</sup> festgestellt, sind Personalbogenfälschungen in der damaligen Zeit durchaus gängig, in den wenigsten Fällen werden sie offensichtlich geworden sein. Die Kriegsereignisse auf deutschem Boden 1943–1945 gingen mit Verlusten von Unterlagen der deutschen Verwaltungen (u. a. Personalunterlagen) einher, und das „Auftauchen“ unbekannter, da ausgewiesener Verwaltungsbeamter v. a. aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches in der SBZ bedingten wohl, einen zumindest „geschönten“, manchmal aber auch einfach nur gefälschten Lebenslauf vorzulegen, trotz beizubringender zweier Zeugen für die in den Personalbogen gemachten Angaben. Auch Amtsanmaßung<sup>15</sup> und das unrechtmäßige Tragen von Titeln<sup>16</sup> lassen sich nachweisen.

Die einzelnen biografischen Artikel wurden dreigeteilt. Der erste Teil gibt den Lebenslauf bis zum Jahr 1933 wieder, stellt dieses Jahr doch bei vielen der hier betrachteten Personen einen Bruch im beruflichen Werdegang dar. So verloren parteilose Lehrer ihre Anstellung (u. a. wegen der Weigerung zum Eintritt in die NSDAP), wurden Kommunisten und Sozialdemokraten vor Gericht gestellt und zu Gefängnis- bzw. Zuchthaus-Strafen verurteilt, in Konzentrationslager verschleppt oder emigrierten ins Ausland, und selbst bürgerliche Verwaltungsbeamte wurden nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt. Die nächste Zäsur bildet der Sommer 1945. Kamen viele im Laufe des Jahres 1945 aus Kriegsgefangenschaft und meldeten sich zum Wiederaufbau in den Verwaltungen, wurden die vor Ort Gebliebenen von der Besatzungsmacht bereits im April/Mai 1945 als Leiter einer Verwaltungsbehörde (Stadt, Kreis, Gemeindeebene) eingesetzt. Dabei wurden zuerst auch bürgerliche Kräfte mit Verwaltungserfahrung aus der Zeit der Weimarer Republik berufen.

Die Beurteilungen/Einschätzungen zur beruflichen bzw. politischen Tätigkeit stammen aus verschiedenen Quellen. Insofern ist die Quellenangabe wichtig und beachtenswert, macht es doch einen Unterschied, ob im Jahre 1946 der Leiter der Abteilung Inneres und spätere Innenminister Bernhard

14 Johannes Eggert (S. 247), Fragebogenfälschung, 1950 Verhaftung. Gerhard Koschak (S. 370), Fragebogenfälschung. Ein besonderer Fall ist sicherlich Rolf Markert (S. 419), der sich schon vor 1945 eine völlig neue Identität zulegte (neuer Name, anderes Geburtsdatum u. a., ab 1950 Mitarbeiter des MfS).

15 Heinz Zahn, Oberbürgermeister Potsdam (S. 629).

16 Der Leiter der Abt. Gesundheitswesen Hans Landau-Christian (S. 389) trug zu Unrecht den Titel Dr. med. und wurde nach seiner Flucht in den Westen 1946 im Jahre 1948 verhaftet und nach Potsdam überführt und verurteilt.

Bechler<sup>17</sup> eine kurze, aber sehr prägnante Einschätzung zu der Person gab, die ihm sicher nur aus ein paar Tagungen der Landräte und Oberbürgermeister in den Jahren 1945 und 1946 persönlich bzw. sonst aus dem Schriftverkehr bekannt geworden war, oder ob eine Einschätzung durch den Personalleiter der Kreisverwaltung, der sicher fast täglich mit seinen Vorgesetzten, z. B. dem Landrat, zu tun hatte, vorgenommen wurde. Sicher ist die eben genannte Einschätzung fundierter als die Bechlers. Nachweisbar ist zweifelsohne, dass dessen Urteil mehr Konsequenzen hatte, sollte es negativ ausgefallen sein. Beurteilungen der Schulungsleiter an den Verwaltungsschulen hatten dagegen zumeist die Aufgabe, eine weitere Verwendung des Schulungsteilnehmers in höheren Verwaltungsstellen festzustellen, anderenfalls eine weitere Verwendung auf dem angestammten Platz vorzuschlagen oder aber auch, in selteneren Fällen, die Überforderung festzustellen.

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches stand auch die Provinz Mark Brandenburg vor der großen Aufgabe, die völlig zum Erliegen gekommene öffentliche Verwaltung schnellstmöglich wieder in Gang zu bringen. Natürlich forderte die Besatzungsmacht, im Falle Brandenburgs die sowjetische, die Neuorganisation der Verwaltung, um einen deutschen Ansprechpartner bei der Umsetzung ihrer Aufgaben zu besitzen. Aber bereits am 14. Mai 1945 wandte sich der kommissarische Landeshauptmann des Oberpräsidiums der Provinz Mark Brandenburg Kattner mit einem Umlauf an alle Beamten und Angestellten der Provinzialverwaltung der preußischen Provinz Brandenburg, nach dem die Adressaten Angaben zur eventuellen Mitgliedschaft in der NSDAP, zur Mitgliedsnummer, zu Sonderaufgaben in der Parteiorganisation und zu leitenden Posten oder Stellvertretungen machen sollten. Als letztes sollte die ausdrückliche Erklärung abgegeben werden, „dass der Beamte oder Angestellte uneingeschränkt bereit ist, auch unter den veränderten Verhältnissen in der kommunalen Selbstverwaltung der Provinz Brandenburg seinen Posten pflichtgemäß auszufüllen“<sup>18</sup>. Landesmedizinalrat Dr. med. Baumann<sup>19</sup> unterzeichnete diese Erklärung und war daraufhin bis zum 30. September 1945 der erste Leiter der Landesgesundheitsabteilung in der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg. In den folgenden Wochen bauten einige ehemalige Beamte und Angestellte unter Leitung des Landesverwaltungsrates Ernst Barth<sup>20</sup>, der die Abwicklungsstelle des Landeshauptmannes leitete, die Abteilungen der ehemaligen Brandenburger Provinzialverwaltung wieder auf. Unter den Namen der ersten Stunde tauchen unter anderem Hans Egidi<sup>21</sup>, Max Werner<sup>22</sup>, Dr. rer. pol. Eduard Trzeciok<sup>23</sup>, Hans Tockuss<sup>24</sup> und Otto Raasch<sup>25</sup> auf. Sie sollten auch nach Bildung der Provinzialverwaltung an entscheidender Stelle eine Rolle spielen.

Anfang Juli 1945 beauftragte die SMA in Brandenburg Dr. jur. Carl Steinhoff<sup>26</sup> mit dem Aufbau der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg. Am 23. August 1945 teilte er Ernst Barth mit: „Die von Ihnen geführte Abwicklungsstelle des Landeshauptmanns wird mit Ende August 1945 aufgelöst. Von diesem Zeitpunkt ab werden die gesamten Dienstgeschäfte von meiner Verwaltung unmittelbar

17 S. 196.

18 BLHA, Rep. 55 Provinzialverband Pers 137.

19 S. 195.

20 S. 190.

21 S. 248.

22 S. 609.

23 S. 581.

24 S. 578.

25 S. 476.

26 S. 561.

## Einleitung

erledigt.<sup>27</sup> Ernst Barth übernahm daraufhin das Organisationsdezernat in der Abt. I der Provinzialverwaltung.

Bereits im Mai 1945 erfolgte die Einsetzung der ersten Landräte und ihrer Stellvertreter durch die sowjetische Besatzungsmacht, in den meisten Fällen durch die in den Kreisen agierenden Kreiskommandanten. Sie mussten sich auf die Hinweise und Angaben der vor Ort bereits tätigen Antifa-Komitees oder anderer Kräfte verlassen. So konnte es passieren, dass in zwei Kreisen Landräte mit NSDAP-Vergangenheit eingesetzt, aber zeitnah wieder entlassen wurden<sup>28</sup>. Wurden im Mai 1945 v. a. Personen mit Verwaltungserfahrung aus der Zeit vor 1933 eingesetzt, wechselten in vielen Kreisen innerhalb der ersten Monate diese Funktionen zu Vertretern der beiden im Juni 1945 zugelassenen Arbeiterparteien. Die im Mai 1945 eingesetzten 23 Landräte hatten folgende politische Herkunft:

- bis 1933: 10 KPD, 4 SPD, 2 DDP, 5 parteilos, 2 unbekannt,
- nach 1945: 13 KPD, 4 SPD, 4 parteilos, 2 unbekannt.

Im Januar 1946 sah es folgendermaßen aus (nur noch 22 Landräte, der Kreis Sorau war inzwischen aufgelöst worden):

- bis 1933: 10 KPD, 9 SPD, 1 DDP, 2 parteilos,
- nach 1945: 15 KPD, 6 SPD, 1 parteilos.

Neun Landräte, die im Mai 1945 die Verantwortung übernahmen, waren im Januar 1946 noch im Amt.

Im Zeitraum bis zum 25. April 1946 wurden von den 22 Landräten, 22 Kreisräten und 9 Oberbürgermeistern 11 Landräte, 10 Kreisräte und 5 Oberbürgermeister abgelöst.<sup>29</sup> Die Gründe waren sicherlich vielfältig: Überforderung in der täglichen Arbeit für politisch geschulte, aber nicht mit dem Aufbau und Leitung einer Verwaltung vertraute Personen, Überwerfung mit der Kommandantur oder mit der Provinzialverwaltung in Potsdam und Parteidisziplin (Abberufung für Aufgaben in der Provinzialverwaltung oder im Parteiapparat). Wie wichtig eine gute Zusammenarbeit der Landräte mit den Kreiskommandanturen vor Ort und für die tägliche Aufgabenbewältigung war, zeigen Absetzungen auf Grund der Intervention der SMA (ungenügende Zusammenarbeit, Missachtung von Weisungen der Besatzungsmacht), aber auch die Stützung durch die Kommandanten gegen Absetzungsbestrebungen der Abt. Personal in der Abt. Inneres. Im Mai 1946 forderte die SMA die Absetzung des Landrats im Kreis Luckau, Karl Holland<sup>30</sup>, die dann von deutscher Seite zum 30. Juni erfolgte. Auch Finanzminister Arthur Lieutenant<sup>31</sup> trat auf Druck der SMAD im Oktober 1948 von allen Ämtern zurück. „Der Genosse Salvat<sup>32</sup> war vorgesehen für die Funktion des Landrats in Cottbus. Diesem Vorschlag wurde von der SMA, mit der Begründung der besonderen politischen Situation in Cottbus und dass der Gen. S. hierfür nicht stark genug sei, nicht zugestimmt. Die grundsätzliche Zustimmung zum Einsatz des Genossen S. in einen [sic] anderen Kreis wurde jedoch gegeben.“<sup>33</sup> Der vorgeschlagene Kreisrat für Finanzen in Ostprignitz Karl Lühnsdorf (LDP) wurde von der SMA nicht bestätigt.<sup>34</sup>

27 BLHA, Rep. 203 Mdi 531.

28 Landrat Harlos (Beeskow-Storkow) nach 4 Wochen und Landrat Zarnikow (Ruppin) nach 14 Tagen entlassen.

29 BLHA, Rep. 202A Büro MP 39, Bl. 5 ff.

30 S. 335.

31 S. 405.

32 S. 499.

33 BLHA, Rep. 530 SED BL Pdm 8946 Bl. 6.

34 BLHA, Rep. 401 RdB Pdm VdN 3087.

Fehlendes Personal wurde auch zonenübergreifend gezielt gesucht. Am 2. Juni 1946 meldete sich Dr. med. Otto Mäder<sup>35</sup> auf ein Inserat in der Konstanzer Zeitung „Der Südkurier“ zur Gewinnung von Ärzten für die SBZ. Seine Einstellung wurde befürwortet, wenn keine politischen Belastungen vorlägen. Infrage kam die Stelle als Amtsarzt in den Kreisen Lübben, Neuruppin, Rathenow und Seelow, in denen Fehlstellen vorhanden waren<sup>36</sup>.

Waren die ersten eingesetzten Land- und Kreisräte ohne parlamentarische Legimitation, kam der ersten demokratischen Wahl im Herbst 1946 eine große Bedeutung zu. Alle zugelassenen Parteien (KPD, SPD, CDU und LDP) stellten Wahllisten auf, um die Parlamente im Kreis und in den Kommunen mit ihren Kandidaten zu beschicken. Bereits im Vorfeld wurde mit allen Mitteln um die Wähler gekämpft, sei es mit SED-Plakaten, die den unzähligen Umsiedlern in der Provinz die baldige Heimkehr in ihre Heimat östlich der Oder in Aussicht stellten, oder mit Kandidaten wie dem Spitzenkandidaten der LDP für den Landkreis Luckenwalde Dr. Wilhelm Eisenführ<sup>37</sup>, der am 14. Oktober 1946, also einen Tag vor der Wahl, seinen Austritt aus der LDP und Übertritt in die SED erklärte.

Nach der Konstituierung wurden im Dezember 1946 und Januar 1947 die Landräte und Kreisräte von den Kreistagen gewählt. Dabei wurden in 7 Kreisen neue Landräte gewählt, 14 wurden in ihrer Funktion bestätigt. 19 Landräte waren Mitglied der SED, nur 2 der CDU (Ostprignitz und Teltow). Eine Statistik über die parteipolitische Zusammensetzung leitender Angestellter der demokratischen Selbstverwaltungsorgane mit Stand 10. Januar 1947 sah folgendermaßen aus<sup>38</sup>:

Bezeichnung	Insgesamt	SED	CDU	LDP
Landräte	21	19	2	
Kreisräte	143	78	39	24
Kreistagsvorsitzende	21	20	1	
Oberbürgermeister	9	9		
Stadträte	67	36	14	17
Stadtverordnetenvorsteher	9	8		1

Schaut man sich nun die politische Herkunft der 19 SED-Landräte an, kann man konstatieren, dass 1945, vor der Vereinigung der KPD und SPD, 11 Mitglied der KPD und 7 der SPD gewesen waren, also ein ungefähres Gleichgewicht vorhanden war. Dieses Verhältnis verschob sich im Jahre 1950, nach der zweiten und letzten Kommunalwahl in Brandenburg vor der Verwaltungsreform im Juli 1952, extrem. Von den 21 gewählten Landräten im Oktober/November 1950 gehörten 17 der SED, 2 der CDU und jeweils einer der DBD und der NDPD an. Von den 17 SED-Landräten hatten nur noch 3 einen SPD-Hintergrund, 14 waren vor der Vereinigung 1946 Mitglied der KPD gewesen. Gleichzeitig verjüngte sich das Personal, der Altersdurchschnitt sank von 48 Jahren im Jahre 1946 auf 42,5 Jahren im Jahre 1950. 11 neue Landräte wurden vereidigt, 11 behielten ihre Funktion. Nur ein Landrat versah seine Tätigkeit über die zwei Wahlperioden vom Januar 1947 bis zum August 1952: CDU-Landrat Carl

35 1948–1949 Kreisarzt in Prenzlau.

36 BLHA, Rep. 211 MfG PA 68.

37 S. 253.

38 BLHA, Rep. 333 SED LL Brbg. 780.

## Einleitung

Siebenpfeiffer<sup>39</sup> im Landkreis Teltow, wo historisch gewachsen eine starke CDU-Fraktion im Kreistag saß. Auch bei den Kreis- und Stadträten sank der Altersdurchschnitt nach der Wahl im Oktober 1950 von rund 47 auf 41 Jahre.

Ende August 1945 stellte der Oberlandrat für den Verwaltungsbezirk Brandenburg, Dr. oec. Oswald von Koltzenburg<sup>40</sup>, fest, dass die Handhabung der Stellvertretung des Landrats in den Landkreisen unterschiedlich gehandhabt wurde. Er wies daraufhin an: „Der Landrat wird im Behinderungsfall durch einen Sachbearbeiter aus dem Bereich der landrätlichen Dienstgeschäfte vertreten, der die Stellvertretung des Landrats sowohl in den landrätlichen wie in den kommunalen Geschäften neben seinem Sachgebiet übernimmt. Zu diesem Zweck haben die Landräte den Oberlandräten Vorschläge zu machen, die die Billigung des Vertreters der Besatzungsmacht gefunden haben. In Frage kommen hierfür nur Persönlichkeiten, die neben ihrer fachlichen Eignung auch Gewähr dafür bieten, dass das Landratsamt im Sinne der politischen Grundsätze der Provinzialverwaltung verwaltet wird.“<sup>41</sup> Die Zeichnung dieser Stellvertreter mit der Bezeichnung „Der stellvertretende Landrat“ wurde mit einem Rundschreiben der Abteilung Inneres der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg vom 9. Februar 1946 verboten und die korrekte Firmierung mit „Der Landrat, In Vertretung, Kreisrat“ festgelegt. Dieser ständige Vertreter des Landrats mit der Bezeichnung Kreisrat hatte außer dessen Vertretung auch die Aufgabe, ihn vor allem im inneren Dienst zu entlasten. Darum sollte er sich mit den Sachgebieten der Kreisverwaltung eingehend befassen und „... im Benehmen mit dem Landrat die Leitung eines Sachgebietes der Kreisverwaltung neben dem betreffenden Sachbearbeiter hauptverantwortlich ... übernehmen. Dies wird in der Regel als wichtigstes Aufgabengebiet das Sachgebiet I – Allgemeine Verwaltung und Personalien – sein, falls diese dem Landrat selbst nicht unmittelbar unterstellt ist.“<sup>42</sup> In einem weiteren Rundschreiben der Abt. Inneres vom 11. Februar 1946 wurden die Oberlandratsämter und Landratsämter angewiesen, Unklarheiten bei den Amtsbezeichnungen zu beenden und die neuen Amtsbezeichnungen „Bezirksrat“, „Bezirksschulrat“ und „Kreisrat“ folgendermaßen zu verwenden:

„Es führen von jetzt ab die Amtsbezeichnungen

- I. bei den Bezirksverwaltungen:
  - A ‚Bezirksrat‘ der Stellvertreter des Oberlandrats
  - B ‚Regierungsrat‘ die Abteilungsleiter,
  - C ‚Bezirksschulrat‘ bzw. ‚Bezirksmedizinalrat‘ die als Abteilungsleiter tätigen Oberschulräte bzw. Obermedizinalräte;
- II. bei den Kreisverwaltungen:
  - ‚Kreisrat‘ der Stellvertreter des Landrats.“<sup>43</sup>

Zur Funktion des Landrats und zu seinem Verhältnis zu Dienststellen und Behörden, die ihm nicht unmittelbar unterstellt waren wie Finanzämter, Gerichte und Eisenbahnen, stellte der Präsident der Provinzialverwaltung Dr. jur. Carl Steinhoff im Dezember 1945 fest: „Der Landrat übt eine politische Funktion aus. Er hat in seinem Kreis das antifaschistisch-demokratische Fundament unseres neuen

39 S. 541.

40 S. 368.

41 BLHA, Rep. 250 Ruppın 2668.

42 BLHA, Rep. 250 Luckenwalde 36.

43 BLHA, Rep. 250 Guben/FfO 530.

Deutschlands zu schaffen und ist damit für die klare politische Linie seines Kreises verantwortlich. [...] Der Landrat hat

- a) ein Einspruchsrecht gegen Zustände oder Maßnahmen in allen ihm nicht unmittelbar unterstellten Dienststellen und Behörden seines Kreises, soweit sie ihm mit seiner politischen Verantwortung als Landrat nicht vereinbar scheinen,
- b) das Recht des unmittelbaren Eingriffs in allen ihm nicht unmittelbar unterstellten Dienststellen und Behörden, falls Gefahr im Verzuge ist.<sup>44</sup>

Auf der zentralen Ebene lässt sich die für die regionale Ebene festgestellte Personalentwicklung und -veränderung in den Jahren nach 1945 ebenfalls nachweisen.

Die parteipolitische Zusammensetzung des leitenden Personals (Minister, Abteilungsleiter und leitende Angestellte der Provinzialverwaltung bzw. Landesregierung) veränderte sich von 1945 bis 1948 folgendermaßen:<sup>45</sup>

	1945			1948	
	Anzahl	Prozent		Anzahl	Prozent
KPD	53	27,8	SED	194	66,0
SPD	25	13,1			
CDU	19	9,9	CDU	23	7,8
LDP	2	1,0	LDP	10	3,4
Pl.	92	48,2	Pl.	67	22,8
Gesamt	191	100	Gesamt	294	100

Während sich das Personal in den drei Jahren um ungefähr 33 Prozent erhöhte, wuchs der Einfluss der SED (1945 KPD/SPD) von rund 41 Prozent im Jahr 1945 auf 66 Prozent im Jahr 1948. Der Anteil der bürgerlichen Parteien LDP und CDU blieb mit rund 11 Prozent gleich, während die 1945 mit 48 Prozent größte Gruppe der parteilosen Angestellten in drei Jahren auf rund 23 Prozent verringert wurde. So kann man konstatieren, dass die Stellen von ausgeschiedenen parteilosen Angestellten und die rund 100 zusätzlichen neuen Stellen fast ausschließlich mit SED-Mitgliedern besetzt wurden.

Zuständig für die Einstellungen, Umsetzungen und Entlassungen des hier behandelten Personals war die Abteilung/Hauptabteilung Personal in der Abt. Inneres bzw. ab Dezember 1946 im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg. Folgende Zuständigkeiten lagen vor:

- Ref. P3 Personal der Ministerien der Landesregierung Brandenburg,
- Ref. P4 Personal in den Kreisen und Gemeinden,
- Ref. P5 Personal des Ministeriums des Innern Brandenburg,
- Ref. P6 Personal der Körperschaften des öffentlichen Rechts.

44 Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg Nr. 5 vom 5. März 1946, S. 71.

45 BLHA, Rep. 203 Mdi 514.

## Einleitung

Waren einzelne Funktionsträger nur wenige Monate tätig, lassen sich auch Karrieren feststellen. Dietrich Besler<sup>46</sup> kam als Flüchtling 1945 nach Fröhden im Landkreis Luckenwalde. Bodenreformlandempfänger, 1946 Bürgermeister in Fröhden, Besuch der VdgB-Landesschule in Reinsdorf, Geschäftsführer des VdgB Landesverbandes Brandenburg, 1950 Abgeordneter des Landtages und schließlich im Dezember 1950 Minister für Land- und Forstwirtschaft Brandenburg lauten seine Stationen. Bruno Lentzsch<sup>47</sup> begann 1945 als Leiter des Ernährungsamtes in der Abt. Wirtschaft der Stadtverwaltung Oranienburg, war dann bis 1948 Landrat des Kreises Luckau, wurde anschließend für ein Jahr Leiter der Landeskontrollkommission, um im September 1949 Nachfolger von Bernhard Bechler Minister des Innern im Land Brandenburg zu werden. Ebenso wechselten leitende Angestellte aus der Landesregierung in die Zentralverwaltungen der SBZ bzw. später in die Ministerien der DDR, wie z. B. Dr. jur. Carl Steinhoff – Minister des Innern der DDR, Heinrich Rau<sup>48</sup> – Minister für Maschinenbau der DDR, Curt Wach<sup>49</sup> – Minister für Handel und Versorgung der DDR und Otto Falkenberg<sup>50</sup> – Handelsattaché in der ČSSR, Indien und UdSSR, oder übernahmen leitende Funktionen in den 1952 neu gebildeten Bezirken außerhalb des ehemaligen Landes Brandenburgs, wie Horst Brasch<sup>51</sup> – Vors. RdB Neubrandenburg, Rudolf Jahn<sup>52</sup> – Vors. RdB Dresden und Paul Hentschel<sup>53</sup> – Vors. RdB Magdeburg. Ein nicht unerheblicher Personenkreis ging aus politischen Gründen in die Westzonen bzw. ab 1949 in die BRD. Sie fassten dort zum Teil wieder Fuß und konnten ihre beruflichen Karrieren fortsetzen, z. B. Hans Egidi<sup>54</sup> – Präsident des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin-West, Bernhard Coesfeld<sup>55</sup> – Leiter des Hessischen Landesvermessungsamtes in Wiesbaden und Dr. phil. Walter Kunze<sup>56</sup> – Bezirksbürgermeister in Hamburg-Altona.

Am 25. Juli 1952 verabschiedete der brandenburgische Landtag das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Land Brandenburg“<sup>57</sup> und beschloss damit die Auflösung des Landes und die Bildung der Bezirke Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam auf dem ehemaligen Territorium. Ein Teil der Landräte blieb als Vorsitzende der Räte der Kreise in den neuen, bedeutend kleineren Kreisen tätig. So wurde Herta Beier<sup>58</sup>, bis zum August Landrätin von Westprignitz, ab September Vorsitzende des neu gebildeten Kreises Perleberg (Bez. Neubrandenburg). Erich Utech<sup>59</sup> wechselte als stellv. Landrat von Niederbarnim in den Kreis Pritzwalk und übernahm dort den Vorsitz des Rates des Kreises. Ein Teil der Mitarbeiter der Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen wurde in die neugebildeten Bezirksverwaltungen übernommen, den anderen wurde im Zuge der Verwaltungsreform gekündigt<sup>60</sup>.

46 S. 208.

47 S. 401.

48 S. 480.

49 S. 591.

50 S. 258.

51 S. 218.

52 S. 341.

53 S. 318.

54 S. 248.

55 S. 231.

56 S. 384.

57 GVBl. Brandenburg Teil I Jg. 8 Nr. 5 vom 28. Juli 1952.

58 S. 201.

59 S. 584.

60 Unterlagen zur Auflösung des Landes Brandenburg und Überführung der Beschäftigten in die Bezirke und neuen Kreise u. a. in BLHA, Rep. 203 MdI Nr. 343–354.

War im Sommer 1945 Verwaltungserfahrung aus der Zeit der Weimarer Republik bzw. politische Legitimation, z. B. als Kämpfer gegen den Faschismus und langjähriges Mitglied in der SPD oder KPD, die Voraussetzung zur Übernahme einer leitenden Verwaltungsstelle auf zentraler und regionaler Ebene, so bildete sich im Laufe der Jahre 1945–1952 eine neue Generation Verwaltungsangestellter mit beruflichen Grundlagen (Besuch von Verwaltungsschulen bzw. Verwaltungsakademie) oder politischen Fundamenten (Besuch der SED-Kreis- bzw. Landespartei-schule) heraus. Erfolgte nach den Wahlen im Oktober 1946, dem Wahlergebnis entsprechend, die Einbindung der bürgerlichen Parteien (CDU, LDP) in die Gremien auf Landes- und Regionalebene, verschärfte sich die politische Auseinandersetzung zwischen der SED (und ab 1948 mit ihren „Schwesterparteien“ DBD und NDPD) mit der CDU und LDP in den folgenden Jahren, und ab 1948/49 ist eine zunehmende Flucht v. a. der Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Westen zu konstatieren. Mit den Oktoberwahlen 1950 hatte sich die SED fast alle wichtigen Positionen auf Landes- und Kreisebene gesichert.